Marcel Stefan Endrich

Die Anerkennung eines Konzerninteresses im europäischen Gesellschaftsrecht

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft

Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag

Reihe Rechtswissenschaft Band 130

Marcel Stefan Endrich

Die Anerkennung eines Konzerninteresses im europäischen Gesellschaftsrecht

Tectum Verlag

Marcel Stefan Endrich Die Anerkennung eines Konzerninteresses im europäischen Gesellschaftsrecht

Zugl. Diss. Philipps-Universität Marburg, 2020 Wissenschaftliche Beiträge aus dem Tectum Verlag, Reihe: Rechtswissenschaft; Bd. 130

© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020 E-Book: 978-3-8288-7506-7 (Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN 978-3-8288-4475-9 im Tectum Verlag erschienen.)

Alle Rechte vorbehalten

Informationen zum Verlagsprogramm finden Sie unter www.tectum-verlag.de

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

$Bibliographic\ information\ published\ by\ the\ Deutsche\ National bibliothek$

The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available online at http://dnb.ddb.de.



Vorwort

Diese Arbeit wurde von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Philipps-Universität zu Marburg im Februar 2020 als Dissertation angenommen. Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand Juni 2019, soweit möglich sind aktuellere Veröffentlichungen berücksichtigt.

Besonders danke ich meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Markus Roth, der die Auseinandersetzung mit der Thematik angeregt und mich bei der Erstellung der Arbeit zuverlässig unterstützt und beraten hat. Weiterhin möchte ich Herrn Professor Dr. Johannes Wertenbruch, für die rasche Erstellung des Zweitgutachtens danken.

Weiter danke ich herzlich den besonderen Personen aus meinem engsten persönlichen Umfeld, die mich auf vielfältige Weise, auch beim Korrekturlesen des Manuskripts, unterstützt haben. Dies gilt insbesondere für meine liebe Schwester Nadine Rossa. Besonderer Dank gebührt Herrn Dr. Benedict Heil, der bei vielen gemeinsamen Aufenthalten im juristischen Seminar stets für einen offenen Gedankenaustausch bereitstand.

Großen Anteil am Gelingen der Arbeit hat meine wundervolle Freundin Nina Raab, die mich immer wieder ermutigt und unterstützt hat. Für all dies bin ich ihr sehr dankbar.

Schließlich danke ich meinen Eltern Bettina und Gerhard Endrich, die meinen Werdegang mit großem Interesse begleiten und mir ihre vorbehaltlose Unterstützung in allen Lebenslagen zuteilwerden lassen. Sie haben mir alles ermöglicht. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Frankfurt am Main, im April 2020

Marcel Stefan Endrich

Inhaltsübersicht

8 ı	Einleitung	1
I.	Problemstellung	1
II.	Gang der Untersuchung	4
Teil	1: Grundlagen der Einflussnahme auf eine abhängige Gesellschaft	
§ 2	Interessenkonflikte in Konzernsachverhalten	7
I.	Motivation und Grundlagen der Konzernbildung	7
II.	Prinzipal-Agenten Konflikt zwischen Gesellschafter und Gläubiger	10
III.	Lösungsansätze des Konflikts	15
IV.	Prinzipal - Agenten Modell für Konflikte in Konzernsachverhalten	21
V.	Grenzen des Prinzipal - Agenten Modells	22
VI.	Zusammenfassung	23
§ 3	Grenzen der Einflussnahme im deutschen Recht	25
_		
l.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht	
	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht	25
II.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme	25 26
II. III.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme Vertragskonzern nach den §§ 291 ff. AktG	25 26 45
II. III. IV.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme Vertragskonzern nach den §§ 291 ff. AktG Faktischer Aktiengesellschaftskonzern	25 26 45 55
II. III. IV. V.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme Vertragskonzern nach den §§ 291 ff. AktG Faktischer Aktiengesellschaftskonzern Faktischer GmbH-Konzern	25 26 45 55 69
II. III. IV. V.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme Vertragskonzern nach den §§ 291 ff. AktG Faktischer Aktiengesellschaftskonzern	25 26 45 55 69
II. III. IV. V.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme Vertragskonzern nach den §§ 291 ff. AktG Faktischer Aktiengesellschaftskonzern Faktischer GmbH-Konzern	25 26 45 55 69 83
II. III. IV. V. Teil	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme	25 26 45 55 69 83
II. III. IV. V. TeiI § 4	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme	25 26 45 55 69 83 83
II. III. IV. V. TeiI § 4 I.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme Vertragskonzern nach den §§ 291 ff. AktG Faktischer Aktiengesellschaftskonzern Faktischer GmbH-Konzern 2: Das Konzerninteresse Der Begriff des Konzerninteresses Sprachliche Verwendung	25 26 45 55 69 83 83 84
II. III. IV. V. TeiI § 4 I.	Regelungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht Allgemeine Grenzen der Einflussnahme	25 26 45 55 69 83 83 84 85

§ 5	Der Rozenblum-Ansatz	103
l.	Grundsätze der Rechtsprechung	103
II.	Voraussetzungen des Ansatzes	104
III.	Exkurs: BGH-Rechtsprechung zur Untreue	106
IV.	Zwischenergebnis	109
Teil	3: Das Regelungsprojekt zur Anerkennung eines Konzerninteresses	111
§ 6	Die Regelungsvorschläge	111
I.	Hintergrund	111
II.	Abstrakte Regelungsvorschläge	112
III.	Der Vorschlag des EMCA	122
§ 7	Bewertung der Modelle	153
l.	Verhältnis von Möglichkeit der Einflussnahme und Gläubigerschutz	153
II.	Vergleich des Schutzniveaus der Regelungsmodelle im Hinblick auf Gläubigerschutz in der abhängigen Gesellschaft	
§ 8	Eigener Lösungsansatz zum Schutz der Geschäftsleiter in der abhängigen Gesellschaft: Anwendung der Regeln zur unternehmerischen Entscheidung innerhalb des EMCA Ansatzes	
l.	Unsicherheiten für Geschäftsleiter nach dem EMCA Mo	
II.	Die Business Judgement Rule für unternehmerische Entscheidungen	175
III.	Anerkennung von Konzerninteressen über die business judgement rule	
IV.	Verschränkung des Rozenblum Ansatzes mit der Busin Judgement Rule	
V.	Auswirkungen auf beteiligte Interessenträger	188
VI.	Zusammenfassung des Lösungsansatzes	191

§ 9	des Konzerninteresses	
§ 10	0Zusammenfassung in Thesenform	195
Lite	eraturverzeichnis	20 1

Inhaltsverzeichnis

§ 1	Einlei	tung	1
l.	Proble	emstellung	1
II.	Gang	der Untersuchung	4
Teil		undlagen der Einflussnahme auf eine abhängig	
§ 2	Intere	ssenkonflikte in Konzernsachverhalten	7
l.	Motiva	ation und Grundlagen der Konzernbildung	7
	1)	Beschränkte Haftung und Rechtspersönlichkeit einer Gesellschaft	7
	2)	Vorteile der Konzernbildung	9
II.		pal-Agenten Konflikt zwischen Gesellschafter und iger	. 10
	1)	Prinzipal-Agenten Modell	. 11
	2)	Konflikt zwischen Gesellschafter und Gläubiger	12
	3)	Besondere Konstellation des Konflikts - Konzernsachverhalte	. 13
III.	Lösun	gsansätze des Konflikts	. 15
	1)	Vertragliche Lösung	. 15
	2)	Lösungsstrategien des Gesetzgebers	. 16
	a)	Ex ante – Strategien	. 16
	b)	Ex post – Strategien	. 18
	c)	Klassifikation der Strategien	20
IV.		pal - Agenten Modell für Konflikte in ernsachverhalten	. 21
V.	Grenz	en des Prinzipal - Agenten Modells	22
VI.	Zusan	nmenfassung	23
§ 3	Grenz	zen der Einflussnahme im deutschen Recht	25
l.		ungsvorschläge und deutsches Gesellschaftsrecht	
			. 25

l.	Allger	meine Grenzen der Einflussnahme	. 26
	1)	Kapitalaufbringung	. 26
	a)	Prinzip des Mindestkapitals	. 27
	b)	Prinzip der realen Kapitalaufbringung	. 28
	2)	Kapitalerhaltung	. 30
	a)	Kapitalerhaltung in der GmbH	. 31
	i.	Tatbestand des § 30 GmbHG	. 31
	ii	. Ausnahmen	. 32
	ii	i. Erstattungsanspruch als Rechtsfolge	. 33
	b)	Kapitalerhaltung in der AG	. 34
	i.	Vermögensbindung durch Verbot der Einlagenrückgewähr	. 35
	ii	. Ausnahmen	. 35
	ii	i. Rechtsfolgen bei Verstoß	. 37
	3)	Durchbrechung der Haftungsbeschränkung	. 38
	a)	Haftung aus allgemeinen Prinzipien	. 38
	b)	Echte Durchgriffshaftung	. 39
	c)	Existenzvernichtung	. 40
	4)	Schutz durch Insolvenzverschleppungshaftung	. 41
	a)	Pflicht zur Stellung eines Insolvenzantrags	. 41
	b)	Zivilrechtliche Konsequenzen eines Verstoße	
	5)	Zwischenergebnis zu den allgemeinen Grenzen	. 45
II.	Vertra	agskonzern nach den §§ 291 ff. AktG	45
	1)	Zustandekommen und Beendigung	. 46
	2)	Weisungsrecht der herrschenden Gesellschaft na § 308 AktG	
	a)	Inhalt	. 48
	b)	Grenzen	. 49
	3)	Verlustausgleich und Sicherheitsleistung	. 50
	a)	Anspruch aus § 302 AktG	. 51

	b)	Schutz der Gläubiger durch § 303 AktG	. 53
	4)	GmbH – Vertragskonzern	. 54
	5)	Zwischenergebnis für Vertragskonzerne	. 55
IV.	Faktis	cher Aktiengesellschaftskonzern	. 55
	1)	Einflussnahme durch "Veranlassung"	. 56
	2)	Regelung des § 311 AktG	. 58
	a)	Regelungsanliegen	. 58
	b)	Prüfungssystematik	. 59
	i.	Nachteilige Maßnahme	. 59
	ii.	Abhängigkeitsfolge	. 59
	iii	. Nachteilsfeststellung	. 60
	c)	Art und Weise der Ausgleichsgewährung	. 62
	3)	Haftung nach § 317 AktG	. 63
	4)	Publizität der §§ 312 – 316 AktG	. 66
	a)	Abhängigkeitsbericht	. 66
	b)	Prüfungspflichten	. 67
	5)	Zwischenergebnis für faktische AG-Konzerne	. 68
V.	Faktis	cher GmbH-Konzern	. 69
	1)	Treuepflicht der Gesellschafter	. 70
	2)	Existenzvernichtender Eingriff	. 71
	a)	Rechtsprechung zum "qualifiziert faktischen Konzern"	. 72
	i.	Grundlegende Richtung durch Autokran und Tiefbau	
	ii.	Verschärfung durch Video und TBB	. 75
	b)	Abkehr von einer Durchgriffshaftung hin zur Haftung wegen Existenzvernichtung	. 77
	i.	Urteil des BGH in Sachen Bremer Vulka	
	ii.	Weitere Konkretisierungen und die Triho Entscheidung	

	3)	Zwischenergebnis für faktische GmbH-Konzerne	0.0
			. ÖZ
Teil	2: Das	s Konzerninteresse	. 83
§ 4	Der B	egriff des Konzerninteresses	. 83
l.	Spracl	hliche Verwendung	. 83
II.	Anerk	ennung des Konzerninteresses im AktG 1937	. 84
III.	Abgre	nzung vom Unternehmensinteresse	. 85
IV.	Konze	rninteresse und Interesse des Gesellschafters	. 88
	1)	Betriebswirtschaftliche Definition eines Konzerns	. 88
	2)	Rechtswissenschaftliche Definitionsansätze zum Begriff Konzerninteresse	. 89
	a)	Überblick der Definitionsansätze	. 89
	b)	Einordnung der Definitionsansätze	. 91
	3)	Differenzierbarkeit des Konzerninteresses vom Interesse der herrschenden Gesellschaft	. 92
	a)	Argumente gegen die Unterscheidbarkeit	. 93
	b)	Überprüfung durch praktisches Beispiel	. 95
	4)	Schutzwürdigkeit eines Konzerninteresses in Forreines "Verbundsinteresse"	
	5)	Auswirkungen im Hinblick auf die "Anerkennung eines Konzerninteresses"	. 99
V.	Zwisch	nenergebnis	100
§ 5	Der R	ozenblum-Ansatz	103
l.	Grund	sätze der Rechtsprechung	103
II.	Vorau	ssetzungen des Ansatzes	104
	1)	Vorliegen eines Konzerns	104
	2)	Nachteilsausgleich	105
	3)	Keine finanzielle Überforderung	105
III.	Exkurs	s: BGH-Rechtsprechung zur Untreue	106
	1)	Berücksichtigung von Konzernkonstellationen	106

	2)	Ausnahme bei ausreichender Besicherung	. 107
	3)	Grenzen der Gesellschaftereinflussnahme	. 108
	4)	Schlussfolgerung	. 108
IV.	Zwisc	henergebnis	. 109
T-:1	0. D.	- Danahan manasiaht man Amadan manasian aira	
ren		s Regelungsprojekt zur Anerkennung eines erninteresses	. 111
§ 6	Die R	egelungsvorschläge	. 111
l.	Hinter	grund	. 111
II.	Abstra	akte Regelungsvorschläge	. 112
	1)	Vorschlag des Forum Europeum	. 112
	a)	Reguläre Tochtergesellschaften	. 113
	b)	Servicegesellschaften	. 114
	c)	Einordnung des Vorschlags	. 115
	2)	Vorschlag der ICLEG	. 118
	a)	Option 1	. 118
	b)	Option 2	. 118
	c)	Option 3	. 119
	d)	Einordnung des Vorschlags	. 120
	i.	Ansatzrichtung	. 120
	ii.	Die Optionen im Einzelnen	. 121
III.	Der V	orschlag des EMCA	. 122
	1)	Leitungsmacht der Muttergesellschaft	. 123
	2)	Anerkennung des Konzerninteresses	. 124
	a)	Die Regelung Ziff. 15.16 EMCA	. 124
	b)	Der Begriff Konzerninteresse	. 125
	i.	Keine Probleme durch Unbestimmtheit EMCA	
	ii.	Tatsächliche Probleme durch Unbestimmtheit	. 126

	c)	Die Modifizierung eines Rozenblum-Merkmal	
	i.	Prüfungsmerkmale der Rechtsprechung	
	ii.	Anpassungen des EMCA 1	30
	d)	Gruppenpolitik	31
	e)	Nachteilsausgleich 1	31
	i.	Anforderungen an die Informationsbeschaffung1	132
	ii.	Bewertung der Vor- und Nachteile 1	33
	f)	Merkmal Existenzgefährdung 1	35
	g)	Kein Nachteilsausgleich bei hundertprozentig Tochtergesellschaften 1	
	h)	Umgang mit Zweifelsfällen 1	37
	i.	Bedingungslose Folgepflicht 1	38
	ii.	Recht zu Widersprechen 1	39
	iii.	Lösungsansatz des EMCA1	41
	3) Haf	tung der Muttergesellschaft1	42
	a)	Verantwortlichkeit für die Zeit ab Kriseneintritt	
	i.	Das wrongful-trading Konzept 1	44
	ii.	Kenntnis der Muttergesellschaft als Anspruchsvoraussetzung1	145
	b)	Verantwortlichkeit für die Zeit vor der Krise	
		1	
	i.	Enge Auslegung1	
	ii.	Weite Auslegung1	48
	iii.	Stellungnahme 1	49
§ 7	Bewertung	g der Modelle1	53
		von Möglichkeit der Einflussnahme und schutz1	153

II.	Vergleich des Schutzniveaus der Regelungsmodelle im Hinblick auf Gläubigerschutz in der abhängigen			
	Gesell	lschaft	154	
	1)	Übersicht über die Regelungsmodelle	154	
	a)	Regelungsvorschläge zur Anerkennung des Konzerninteresses	154	
	b)	Die Möglichkeiten der Einflussnahme nach deutschem Recht	157	
	c)	Unterscheidung zwischen dauerhafter und b zeitlicher Entnahme von Ressourcen		
	d)	Einordnung von Vertragskonzernen	160	
	2)	Modelle mit zeitlich gestreckter Entnahme	161	
	a)	Unterschiedlicher Anwendungsbereich von Forum Europeum und EMCA	161	
	b)	Unterschiedliches Schutzniveau von Rozenblum-Ansatz und dem Nachteilsausgl des § 311 AktG		
	i.	Anwendungsbereich der Einflussnahmemöglichkeit	162	
	ii.	Anforderungen an den Nachteilsausglei		
	c)	Rechtsfolgen bei Verstoß gegen den Nachteilsausgleich	164	
	i.	Schäden nach Eintritt des "Krisenzeitpunktes"	164	
	ii.	Vor der Krise entstandene Schäden	166	
	3)	Modelle mit dauerhafter Entnahme	167	
	a)	Beschränkung auf Tochtergesellschaften im Alleinbesitz		
	b)	Dauerhafte Entnahme auch bei abhängiger		
	c)	Kleine Unterschiede zwischen den Reglungsvorschlägen und dem faktischen GmbH-Konzern	168	
	4)	Ergebnisse des Vergleichs	170	

§ 8	Gesc	er Lösungsansatz zum Schutz der häftsleiter in der abhängigen Gesellschaft: ndung der Regeln zur unternehmerischen heidung innerhalb des EMCA Ansatzes	. 173
l.	Unsicherheiten für Geschäftsleiter nach dem EMCA Mod		
II.		usiness Judgement Rule für unternehmerische heidungen	. 175
	1)	Wohl der Gesellschaft	. 176
	2)	Informationsgrundlage	. 177
	3)	Unverantwortlichkeit	. 177
	4)	Interessenkonflikte	. 178
	5)	Legalitätspflicht	. 179
	6)	Dogmatische Einordnung	. 180
III.	Anerkennung von Konzerninteressen über die busines judgement rule		
IV.	Verschränkung des Rozenblum Ansatzes mit der Busines Judgement Rule		
	1)	Funktionsweise der Verschränkung	. 183
	2)	Modifikation der Merkmale	. 184
V.	Auswirkungen auf beteiligte Interessenträger		
	1)	Gläubiger der abhängigen Gesellschaft	. 188
	2)	Herrschende Gesellschaft	. 190
	3)	Geschäftsleiter der abhängigen Gesellschaft	. 190
VI.	Zusar	nmenfassung des Lösungsansatzes	. 191
§ 9		lick: Vorteile einer europaweiten Anerkennung onzerninteresses	
§ 10	Zusar	nmenfassung in Thesenform	. 195
Lite	raturv	erzeichnis	. 201

§ 1 Einleitung

I. Problemstellung

Wird von der Aktionärsrechte-Richtlinie im Jahr 2007 abgesehen, konnte der Eindruck gewonnen werden, der nationale, wie auch der supranationale Gesetzgeber mache einen Bogen um das Thema Konzernrecht. Jedoch kündigte die Europäische Kommission im gesellschaftsrechtlichen Aktionsplan von 2012 an, eine Initiative zur besseren Anerkennung des Begriffs Gruppeninteresse vorzulegen. Dieser Ankündigung lag der Bericht einer von der Kommission eingesetzten Expertengruppe, der sog. Reflection Group, aus dem Jahr 2011 zugrunde.

Mit der "Anerkennung des Gruppeninteresses" sollte sich nach Auffassung der Kommission einer speziellen Problemstellung angenommen werden: Dem Schaffen von Rechtssicherheit für Geschäftsleiter von abhängigen Gesellschaften hinsichtlich der Frage, ob sie ihr Handeln lediglich am Interesse der eigenen Gesellschaft ausrichten müssen oder ob sie auch andere Interessen, wie ein Konzerninteresse, berücksichtigen dürfen.³ Für dieses "berücksichtigen dürfen" wurden einige Vorteile angeführt, allen voran würde Rechtssicherheit für das Handeln eines Konzerns in grenzüberschreitenden Sachverhalten gewährleistet.⁴

Aktionsplan der Europäischen Kommission, Europäisches Gesellschaftsrecht und Corporate Governance - ein moderner Rechtsrahmen für engagiertere Aktionäre und besser überlebensfähige Unternehmen, COM (2012) 740 final, S. 17.

Report of the Reflection Group on the Future of EU Company Law, 2011, S. 59 ff., Mitglieder des Kollektivs waren Antunes, Baums, Clarke, Conac, Enriques, Hanak, Hansen, de Kluiver, Knapp, Lenoir, Linnainmaa, Soltysinski, Wymeersch.

Report of the Reflection Group on the Future of EU Company Law, 2011, S. 60.

Report of the Reflection Group on the Future of EU Company Law, 2011, S. 61.

In einem europaweitem Rechtsvergleich hatte die Reflection Group verschiedene nationale Mechanismen, welche ein Handeln im Gruppen-bzw. Konzerninteresse⁵ unter bestimmten Voraussetzungen erlauben, identifiziert und gegenübergestellt. Dabei hat die Gruppe angedeutet, dass sie für eine europaweit realisierbare Umsetzung den sog. Rozenblum-Ansatz nach französischem Vorbild präferieren würde. Dabei betonte sie auch, dass bei einem solchen Vorgehen systematische Unterschiede zum deutschen Konzernrecht, insbesondere zum Recht der Vertragskonzerne, problematisch sein könnten.

Besondere Brisanz erhält die Thematik durch die Tatsache, dass sich der historische Gesetzgeber des AktG von 1965 bewusst von der Anerkennung des Konzerninteresses abgewandt hatte. Durch die Abschaffung der Regelung des § 101 AktG 1937 sollte die Meinung gesetzlich festgeschrieben werden, nach der Konzerninteressen grundsätzlich nicht geeignet sein sollten, um eine Schädigung von Konzerngesellschaften mit außenstehenden Aktionären zu rechtfertigen. Im Vergleich zu den europäischen Nachbarn ist dadurch für das deutsche Gesellschaftsrecht ein alternativer Weg vorgezeichnet worden. Eine Ausrichtung auf die Interessen des Konzerns soll für die abhängige Gesellschaft im Grundsatz nur zulässig sein, sofern ein Unternehmensvertrag in Form eines Beherrschungsvertrags abgeschlossen wurde. Die vorgezeichnet werden.

Die EU-Initiative wurde entgegen der Ankündigung im Aktionsplan von 2012 bisher nicht vorgelegt. Gleichwohl wurde von der Kommission eine weitere Expertengruppe beauftragt, einen Bericht speziell hinsichtlich der Anerkennung des Konzerninteresses vorzubereiten. Dieser Bericht der Informal Company Law Expert Group (ICLEG) wurde im

Die Begriffe werden in Praxis wie Rechtswissenschaft synonym verwendet. Daher soll den Begriffen hier die gleiche Bedeutung zukommen. Vorrangig wird hier der Begriff Konzern bzw. Konzerninteresse verwendet, da sich dieser Begriff in der deutschen Rechtssprache zu Verbundenen Unternehmen im Sinne von § 15 ff. AktG etabliert hat.

Report of the Reflection Group on the Future of EU Company Law, 2011, S. 64 f.; wobei sich offenbar nicht alle Mitglieder der Expertengruppe einig waren; näher zum Rozenblum-Ansatz siehe S. 107 ff.

Report of the Reflection Group on the Future of EU Company Law, 2011, S. 64.

Näher dazu auch unten S. 88 f.

BegRegE bei Kropff, Textausgabe AktG (1965), S. 407.

BegRegE bei *Kropff*, Textausgabe AktG (1965), S. 374 und 407; *Semler*, Leitung und Überwachung der Aktiengesellschaft, Rn. 356; *Hoffmann-Becking* in FS Hommelhoff (2012), 433, 438.

Oktober 2016 vorgelegt.¹¹ Hierin wurde die "Anerkennung des Konzerninteresses" auch einem Definitionsvorschlag zugeführt. Die IC-LEG versteht darunter, dass in bestimmten Konstellationen Organe einer Tochtergesellschaft Nachteile (dieser Tochtergesellschaft) zugunsten der Erfüllung eines Konzerninteresses zulassen dürfen, ohne dass dieser Schaden, den die Tochtergesellschaft dadurch erleidet, sofort oder innerhalb einer kurzen Zeitperiode vollständig ausgeglichen werden muss. 12 Zur Umsetzung stellte die ICLEG drei Optionen vor. 13 Dabei setzte sich die Gruppe auch mit Vorschlägen auseinander, welche der Arbeitskreis des Forum Europeum on Company Groups (FECG) im Jahr 2015 vorgelegt hatte.14

Das Forum Europeum unterscheidet, im Gegensatz zur ICLEG, zwischen zwei verschiedenen Typen von Tochtergesellschaften. Für "reguläre Tochtergesellschaften" soll eine Berücksichtigung des Konzerninteresses unter Anwendung des Rozenblum-Ansatzes möglich sein. 15 Demgegenüber soll das Schutzsystem weiter eingeschränkt werden für solche Tochtergesellschaften, die sich als sog. "Servicegesellschaften" qualifizieren lassen. Zulässig soll ein Handeln im (fremden) Konzerninteresse dann bereits sein, sofern die Existenz der Gesellschaft nicht gefährdet und die Solvenz für einen bestimmten Zeitraum gesichert ist. 16 Eine ähnliche Struktur hätte die Anerkennung des Konzerninteresses auch nach dem im Jahr 2017 vorgestellten European Model Company Act (EMCA).¹⁷ Sofern Minderheitsgesellschafter in der

¹¹ The Informal Company Law Expert Group (ICLEG), Report on the recognition of the interest of the group, 2016, Mitglieder des Kollektivs waren Armour, Bartkus, Clarke, Conac, de Kluiver, Fleischer, Fuentes, Hansen, Knapp, Lamandini, Radwan, Teichmann, van het Kaar, Winner.

The Informal Company Law Expert Group (ICLEG), Report on the recognition of the interest of the group, Oktober 2016, S. 22: "(...) without having to compensate the subsidiary for this damage immediately, or within a short time period, and to the full amount.".

¹³ Siehe ausführlich dazu S. 122 ff.

¹⁴ Forum Europeum on Company Groups ZGR 2015, 507, Mitglieder des Kollektivs waren Conac, Druey, Forstmoser, Habersack, Hansen, Hommelhoff, Kalss, Krieger, Lennarts, Lutter, Teichmann, von Werder, Wymeersch.

¹⁵ Forum Europeum on Company Groups ZGR 2015, 507, 513. 16

Forum Europeum on Company Groups ZGR 2015, 507, 512.

EMCA, First Edition 2017, Mitglieder des Kollektivs waren Andersen, Andersson, Bartkus, Baums, Clarke, Conac, Corbisier, Daskalov, Antunes, Fuentes, Giudici, Hannigan, Kalss, Kisfaludi, Kluiver, Opalski, Patakyova, Perakis, Porkona, Roest, Sillanpää, Teichmann, Urbain-Parkeani, Vutt, Sørensen, Winner. De Wulf.